

In Reichshall sind Differenzen ausgebrochen. Es wird darüber berichtet: Dienstag, den 7. November, tagte im Gasthaus „Zur blauen Traube“ eine sehr gut besuchte Maurerverammlung, um gegen den Unteroffizierbau Pflichtschaden Stellung zu nehmen. Der Sachverhalt ist folgender: In Reichshall wird z. B. das schädliche Schlachthaus gebaut. Einen bedeutenden Teil der auszuführenden Arbeiten hat infolge seiner unzulässigen Unterbrechung aus der hiesigen Unternehmer-Pflicht erhalten. In den Submissionsbedingungen ist ausdrücklich betont, daß die Arbeiten an Zwischenunternehmern nicht vergeben werden dürfen. Doch Herr Wittoni ludte sich an den Knochen der Arbeiter schädlich zu halten, stellte den Bauunternehmer Pflichtschaden aus Launen, seiner Nationalität nach ein Deutscher, als Kolter an und übertrug ihm die ganze Arbeit in Afford. Nun konnte die Treiberei losgehen. Den schuldigen Maurern wurde ins Gesicht geschleudert, daß sie überhaupt keine Maurer seien. Den Bauhilfsarbeitern wurde befohlen, 17 Eirine zu tragen, trotzdem in ganz Reichshall ausnahmslos nur zehn Eirine getragen werden. Als die Streikränder gegen diese Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses protestierten und auch die Maurer sich diesem Proteste anschlossen, wurden drei Streikränder und sechs Maurer einfach auf das Pflichter gelegt. Dem Kollegen Stolz als Mitglied der Schlichtungskommission wurde bedeutet, daß man Leute nicht gebrauchen könne, die infolge dieses Protestes manchmal von der Arbeit fernbleiben müssen. In der Versammlung wurde dem Zwischenunternehmer die richtige Antwort erteilt. Mehrere Kollegen beantragten, über den Unternehmer die Exzesse zu verhängen. Kollege Hart-München machte auf die Konsequenz einer Arbeitsunterbrechung aufmerksam, erklärte aber auch, daß, wenn die Kollegen gewillt sind, den Kampf energisch zu führen, ihnen auch die Unterbrechung des Verbandes nicht verweigert werde. In der einstimmig angenommenen Resolution verpflichten sich die Kollegen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis der Zwischenunternehmer Pflichtschaden vom Bau entfernt und die gewohnten Kollegen wieder eingestellt seien. Am Mittwoch früh legten sämtliche Maurer und Bauhilfsarbeiter die Arbeit nieder. Die Reichshaller Maurer sind vollständig organisiert; auch die Bauhilfsarbeiter haben auf der Höhe der Zeit, so daß Wittoni wohl nachgeben muß. Nun wird von Pflichtschaden und Wittoni versucht, das Affordverhältnis als gelöst zu betrachten, und den Zwischenunternehmer als den vollen Pflichter hinzuzufügen. Wir halten den hiesigen Magistrat nicht für so leichtgläubig, sich in der Weise täuschen zu lassen. Wenn Pflichter öffentlich nicht darf, würde er einmündig im hiesigen Unteroffizierbau sein und bleiben. Im Interesse der Arbeiter, Geschäftseure und Arbeitgeber aber liegt es, diese Schmarotzerpfänge sobald wie möglich aus Reichshall hinauszuwerfen, wenn nicht die Schmutzauflösung noch schädigender auftreten soll, als es leider jetzt schon der Fall ist. Die Maurer und Bauhilfsarbeiter allerorts werden ermutigt, den Zugang nach Reichshall streng fernzuhalten.

Die Grenzfrage bei dem Pflichtenstreik in Karlsruhe werden immer härter. Die Angelegenheit hat sich jetzt zu einer Nachfrage gestaltet, wie sie sich nach der letzten Lohnveränderung aus diesen Blättern gezeigt hat. Am 31. Oktober d. J. fanden Unterhandlungen statt, die aber resultatlos verliefen, weil die Unternehmer den Pflichtenstreik zumuteten, die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen. Gewiß ein schändliches Angebot! Aber die Pflichtenstreiker haben keine Verwundung darüber gehabt. Die Lohnkommission arbeitete, um den Herren einen Schritt entgegenzukommen, einen Vertrag aus, wonach die Lohnveränderung auf dem Wege der Lohnveränderung stattfinden sollte.

Nachdem dieser Vertragsentwurf allen Unternehmern zugesandt war, konnte man aus der Antwort, die wir dann erhielten, sofort sehen, was die Uhr geschlagen hatte. Die Antwort lautete:

An den Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Zweigverein Karlsruhe, Hr.

Auf den unseren Mitgliedern zugewandten Vertragsentwurf erwidern wir Ihnen höflich, daß wir denselben in dieser Fassung nicht annehmen und weitere Zugeständnisse, als solche in dem von uns entworfenen Vertrag vorgezeichnet sind, nicht machen können. Zugleich müssen wir unser Bedauern darüber ausdrücken, daß das Benehmen eines Teiles der streikenden Pflichtenstreiker gegen uns und unser Personal in letzter Zeit ein derart unangenehmes, herausforderndes und gefährliches ist, daß es uns beinahe zur Unmöglichkeit gemacht ist, noch weiter mit Ihnen zu verhandeln.

Gedachtend
gez. R. Köffel. R. Müller.

Also das „gefährliche, unangenehme Benehmen“ der streikenden Pflichtenstreiker soll die Ursache der Härtehaftigkeit der Unternehmer sein. Das aber das „gefährliche Benehmen“ nur auf Seite der Unternehmer zu suchen ist, beweist folgender Vorfall: Am 26. September d. J. war Kollege Philipp in Urlaub damit beauftragt, die Pflichtenstreiker Arbeitsverhältnisse zu kontrollieren, bei dieser Gelegenheit kam er auch in einen Neubau, in dem Streikbrecher beschäftigt waren. In der freundlichen Weise hat Philipp mit ihnen gesprochen und sie für den Streik zu gewinnen versucht, und daß es nach dem Streik möglich sein könne, daß sie ins Geschäft gebracht werden. Die Leute waren auch geneigt, die Arbeit wiederzugeben, wenn ihnen andere Arbeit nachgewiesen werde. Dies geschah und darauf legten sie die Arbeit nieder. Trotzdem Philipp überzogen war, daß er sich seiner ärztlichen Handlung im Sinne des § 153 d. G. O. schuldig gemacht habe, wurde er doch angeklagt. Am 9. November war Verhandlung vor dem Landrichter Schöffengericht, und dort konnte Philipp die Wahrnehmung machen, daß er die drei Tage Gefängnis, die ihm publiziert wurden, einzeln und allein dem Unternehmer Feind zu verdanken habe. Die „Arbeitswilligen“ hatten keinen Grund, Anzeig gegen Philipp zu erlassen; aber der Herr Feind, der bei dem ganzen Vorgange nicht zugegen war, wollte seiner „Gefährlichkeit“ Rechnung tragen und hat dann gegen Philipp in höchst eigener Person Strafantrag gestellt. Und solche Herren wollen den Streikenden „Gefährlichkeit“ vormerken und Moral predigen! Bei dieser Gelegenheit hat man wieder einmal die Bestimmung der pflichtigen Unternehmer, die das ganze Jahr über den unerbittlichen „Terrorismus der Arbeiter“ zittern, kennen gelernt. Es wäre doch einmal Zeit, daß alle Arbeiter einsehen, was für Arbeiterfeindliche Herren die Unternehmer sind.

Vor ungefähr fünf Wochen wurde uns in Karlsruhe in der Person des Streikbrecherorganen Kollege, der den Kollegen in Düsseldorf sehr gut bekannt sein dürfte, ein Zolaheute der Pflichtenstreiker Baugewerkschaftorganisation, besetzt. Dieser Kollege

sam in die Versammlung der Streikenden und hielt dort eine sehr scharfe Rede gegen die Unternehmer. Wir können ruhig behaupten, die Rede war noch etwas tabulärer als die der Agitatoren der hiesigen Gewerkschaften.

In einer Versammlung wurde in Anwesenheit dieses Kollege beschlossen, daß kein Streikender zu den Unternehmern hinarufen dürfe, um Unterhandlungen anzubahnen. Was tat aber dieser Kollege? Am nächsten Tag ging er von Firma zu Firma und spielte sich dort als Vertreter der „Christlichen“ auf und versuchte Unterhandlungen anzubahnen. Man war aber nur ein „Christlicher“ am Streik beteiligt, der ebenfalls für alle Pflichtenstreiker unserer Kollegen gestimmt hat. Kollege hatte also keine Ursache auf sein Recht, sich um das Vorgehen unserer Kollegen zu kümmern. Was aber die „Christlichkeit“ dieser Herren am allermeisten beleidigt, ist ihre Euth und Streikbruch. Der eine „Christliche“ der ebenfalls in den Streik mit eintrat, wurde schon nach wenigen Tagen Streikbrecher. Nachdem ihm sein Vertrag von verschiedenen Kollegen vor Augen gehalten wurde, streifte er wieder, dann wurde er wieder Streikbrecher, wurde wieder herausgeholt und jetzt ist er wieder „Christlich“ gestimmter Streikbrecher.

Wir wollen hierüber nicht mehr Worte verlieren. Aber die ganze Arbeiterchaft möchte wir auf diese Art von Christen aufmerksam machen, indem wir ihnen zurufen: „Lacht Euch von diesen „Heuchlern“ nicht lassen, denn es sind durch die Pant „Verführer“ am der Arbeiterbewegung.“

In Epner sind unsere Kollegen trotz der nun schon 26 wöchigen Dauer des Streiks noch so kampfsüchtig wie im Anfang. Die unangenehme den Unternehmern der Streik ist, jetzt ein Artikel der „Völkischen Wangerwerbs-Ztg.“, worin ein streikender Unternehmer darüber sagt, daß die Arbeiterung unzulässig sei, wie die „frivolsten“ Arbeiter die fohbare Zunft der Baugewerkschaft zu Grunde richten. „Am den Streik erfolgreich durchzuführen, lege, so erzählt der Unternehmer, die Streikleitung den Kampfschwerpunkt auf die vollständige Sperrung dieser Baustelle, wohl wissend, daß in den bayerischen Staatsverordnungen ein Paragraph enthalten ist, der den Unternehmern zur Verfügung macht, daß bei Ausübung von Staatsdiensten nur am Orte selbst anwesende Arbeiter oder solche aus der nächsten Umgebung beschäftigt werden dürfen. Nachdem aber diese einheimischen Arbeiter die Arbeit verweigern und jeden Zugang aus der Umgebung verhindern, kann doch von einer Einhaltung des obigen Paragraphen keine Rede sein, und es wäre das Nachsteigende, dem Unternehmer zu gestatten, durch eine Partie fremder Arbeiter Ersatz zu schaffen. Auf eine diesbezügliche Anregung teilens des betreffenden Unternehmers erfolgte von der oberen Baubehörde eine Anfrage bei dem Ministerium, und kam, von dort das strikte Verbot, fremde Arbeiter bei dem Neubau des Ordinariatsgebäudes zu beschäftigen.“

Der betreffende Unternehmer ist also der Willkür der streikenden Arbeiter ausgeliefert. Wer entschädigt ihn für seine Verluste, die doch nur durch die Verschärfung des Arbeitsgesetzes entstanden sind? Wenn die Regierung auf der einen Seite den Arbeitern Arbeitsverhältnisse verschaffen will, darf sie doch auf der anderen Seite dem Arbeitgeber keine ungerechten Forderungen stellen, und hat sie, falls die Arbeiter die sich bietende Arbeitsverhältnisse nicht ergreifen, mehr als ihre Schuldigkeit getan und dürfte der Arbeitgeber fremder Arbeitskräfte weiter keine Hindernisse in den Weg legen.“

Die Herren Unternehmer sind durchaus nicht der Willkür der Streikenden unterworfen, speziell Hr. Graf Jr. Das ist nämlich der Hebernehmer des Ordinariatsgebäudes. Die Maurer und Bauhilfsarbeiter haben doch heftig betont, daß sie mit den Unternehmern in Unterhandlungen treten wollten. Aber die Unternehmer bestanden auf ihrem Scherz und lehnten heftig ab. Wer hat da also willkürlich gehandelt? Die Streikenden haben sich doch in der ersten Streikwoche erhoben, für dieses Jahr zu 48 1/2 pro Stunde zu arbeiten. Dies wurde von den Unternehmern abgelehnt.

Noch mehr! Bei einer Versprechung, die man mit Herrn J. Graf direkt an dem Ordinariatsbau hatte, sagte er doch, er würde gern die Forderungen annehmen, wenn er dürfte. Wer hält ihn denn von seiner freien Willensentscheidung ab? Die Streikenden doch gewiß nicht. Wo liegt also da die Willkür? Bei einer Versprechung am 31. Oktober kurz vor Feierabend wiederholte Herr J. Graf daselbe und legte hinzu, ich habe mich halt gebunden.

Der Streikender mutet der Regierung eine recht niedrige Rolle zu. Sie soll einfach die Zutreiberin für die Unternehmer machen. Diese, die sich auf den Progenienstandpunkt des Nicht-Unterhandels mit den Arbeitern stellen, sollen, sofern es ihnen beliebt, von den Ausbeutungen erfinden werden und für das Erb der Feuerzählenden einheimischen Arbeiter auswärtige zugreifen dürfen, nur damit den Unternehmern nicht ein Fehler von ihrem Profil drohen geht. Was ist denn diese patriotischen Herren das Wohl und Wehe der landesmächtigen Arbeiter. Den Schutz der nationalen Arbeit, den sie im Munde führen, wenn sie den Schutz des eigenen Arbeitskreises im Auge haben, empfinden sie sofort als ungerechte Forderung, wenn er ihnen ein auch noch so geringes Opfer kostet. Ja, sie, die sich sonst als Mütter der Staatsverwaltung gebären, stoßen gar unangenehme Töne gegen die Regierung aus. Diese gar nicht beschreibenden Leute bilden sich sogar ein, sie hätten ein womöglich flaggendes Anrecht auf den Protest. Denn nur auf Grund solcher Einbildung können sie zu der Frage kommen: „Wer entschädigt die Unternehmer für die Verluste, die durch die Verschärfung des Arbeitsgesetzes entstanden sind? Mit Verlaub! Wer entschädigt denn die Arbeiter für die Verluste an entgangenem Arbeitsverdienst, die durch den unangenehmen, durch nichts gerechtfertigten Eigensinn der Unternehmer entstanden sind?“

Doch daß die Unternehmer über mangelnden Schutz der Behörden nicht beklagen können, zeigt schon die eine Tatsache, daß fast 40 Kollegen wegen angeblicher Verhältnisse gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung unter Anklage gestellt sind.

In Düsseldorf-Reichholz mußte die Firma „Allgemeine Hochbau-Gesellschaft“ gesperrt werden, weil sie die mündlich getroffenen Vereinbarungen nicht einhielt. Die Firma fährt dort eine Papierfabrik auf und hat auch sonst noch verschiedene Bauunterstände. Die Dringlichkeit ihrer Arbeiten dürfte sie vielleicht zum Vorhalten geneigter machen, als sie bisher war.

In Denhausen haben die Zimmerer und Bauhilfsarbeiter in Bezug ihrer Forderungen am 18. November die Arbeit eingestellt. Als unsere Kollegen zur Arbeitsstelle kamen,

wurde ihnen überall erklärt, daß sie, soweit sie Verbandsmitglieder seien, hiermit entlassen wären. Infolgedessen mußte die Arbeit auf den Bauern vollständig.

In Garburg ist nun noch der Unternehmer Pien gesperrt worden. Der Grund dieser Maßnahme ist darin zu suchen, daß die Baubeteiligten fortwährend Schikanen und verwerflichen Mißhandlungen ausgeübt waren. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Arbeiterbewegung noch weitere Kreise zieht; es ist daher der Zugang von Garburg fernzuhalten.

In Jechow ist der Streik am 12. November aufgehoben worden. Das frühere Angebot der Unternehmer ist angenommen.

In Kiel ist die Aussperrung nun endgültig beigelegt. Der bis zum 31. Dezember 1904 geltende Vertrag bietet den Maurern vom 1. Januar 1907 an eine Lohnverhöhung von 5 1/2 pr. Stunde und eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden.

In Halberstadt sind unsere Kollegen nunmehr am Sonnabend, den 11. November, ausgesperrt worden. Über die Ursachen haben wir bereits in voriger Nummer berichtet. Nähere Nachrichten über den Umfang der Aussperrung liegen bisher noch nicht vor. Nach Zeitungsberichten hat der Arbeitgeberverband der Zweigvereinsleitung in einem Schreiben mitgeteilt, daß er am Sonnabend sämtliche Maurer aussperrten würde. Eine Versammlung des Zweigvereins beschäftigte sich mit diesem Vorfall und legte ihre Antwort in folgender Resolution nieder:

„Die heute, am 10. November 1905, in der „Münchener Bierhalle“ tagende Versammlung der Maurer Halberstadts entnimmt dem Bericht des Vorstandes, daß der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe eine Aussperrung vorzunehmen gedenkt; das heißt also, die am 28. März 1904 abgeschlossenen Lohn- und Arbeitsbedingungen, die bis zum 31. März 1906 für beide Teile rechtsverbindlich sind, aufzuheben. Die Versammlung stellt fest, daß auch sie der Aufrechterhaltung des Vertrages nach dem Verhalten des Arbeitgeberverbandes kein Interesse mehr abgeben kann, weißt aber die Angaben der Arbeitgeber, wonach der Kronenbauernbau, sowie die Abbrucharbeiten am Zellerberge gesperrt sein sollen, entschieden zurück. Die Versammlung stellt ausdrücklich fest, daß in der am 7. November stattgefundenen Versammlung nur beschlossen wurde, die Ausführung von in das Baugewerbe fallenden Arbeiten zurückzuweisen. Greift der Arbeitgeberverband daraufhin — auf Grund von unfundierten Gerüchten — zu einer Aussperrung, so hat am Montag früh 9 Uhr eine Versammlung stattzufinden, um die geeigneten Gegenmaßnahmen zu beschließen.“

So haben wir also in Halberstadt einen neuen Vertragsbruch des Arbeitgeberverbandes. Gegenüber der nachgiebigen Haltung der Halberstädter Maurer bei früheren Konflikten finden wir das jetzige Verhalten der Unternehmer doppelt selbst. Speziell bei dem Abschluß der bisherigen Arbeitsbedingungen im Frühjahr 1904 haben sie trotz der guten Pauschalität von der vollen Durchföhrung ihrer Forderungen Abstand genommen. Den Dank dafür erhalten die Unternehmer nun mit diesem schändlichen Attentat auf Recht und Gerechtigkeit. Die umliegenden Zweigvereine werden hiermit dringend ersucht, die Halberstädter Kollegen in der Fernhaltung des Zugangs energisch zu unterstützen.

Der Streik in Coburg ist aufgehoben worden. Die Unternehmer glauben nun aber den Sieger herauszufahren zu können; sie wollen sich, Streikende einschließen. Ihnen ist dringend zu raten, sich in ihrer Stargreube nicht zu weit reizen zu lassen; es ist noch nicht aller Tage Abend. Die Coburger Kollegen werden sich diese Brutalität der Unternehmer sehr gut merken. Unter diesen Umständen ist Zugang nach wie vor fernzuhalten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

„Arbeit und Kultur.“ Das unter diesem Titel im Verlage unseres Verbandes erscheinende Buch ist in voriger Woche verandt, und zwar an Zweigvereine, die Bestellungen gemacht haben, die bestellte Zahl, und an die übrigen Vereine je ein Exemplar. Der Sendung sind beigelegt eine Beisitzer und ein Zirkular. Die Zweigvereinsvorstände werden ersucht, darauf zu achten, daß ihnen die Sendung vom „Grundstein“-Adressaten übermittelt wird. Sollten wir bei dem Versand den einen oder den anderen Verein übersehen haben, dann bitten wir um Mitteilung.

Der Preis des Buches beträgt für die Zweigvereine und Verbandsmitglieder pro Exemplar M. 1.50. Wir bitten, den Betrag recht bald einzusenden.

Den Zweigvereinen empfehlen wir, für sich und wo ein Verein sich gliedert in Zirkeln und Sektionen, auch für diese mindestens ein Exemplar des Buches auf Konto des Vereins zur allgemeinen Benennung der Mitglieder anzuschaffen. Sodann erwarten wir von den gesamten Mitgliedern des Gan- und Zweigvereinsvorstände und anderen Vertrauenspersonen im Verband, daß sie in erster Linie sich selbst in dem Besitz eines Exemplars des Buches setzen und ferner für die weitestgehende Verbreitung Sorge tragen. Das eine wie auch das andere ist höchst notwendig.

Wenn sich auch unser Verband in den letzten Jahren zu einer ganz respektablen Stärke entwickelt hat, so sind wir aber doch noch sehr weit davon entfernt, von einer wirklich guten Organisation reden zu können. Vor allem fehlt es vielen Mitgliedern an der tieferen Erkenntnis der grundsätzlichen Prinzipien der Arbeiterbewegung.

Hierin Mithilfe zu schaffen, ist der Zweck des Buches. Soll dieser Zweck erfüllt werden, dann ist es notwendig, daß das Buch die weitestgehende Verbreitung erfährt und viel von den Mitgliedern gelesen wird. Das ist besonders gut möglich, wenn die jetzt kommenden langen Abenden und an Feiertagen des Winters infolge Witterungsverhältnisse etc., der Kopienpunkt für das sehr interessante und gut ausgestattete Buch ist

schritte gemacht hätten, an Mitgliederzahl sowie auch an Vermögen eine ansehnliche Wacht darstellen und es verdienen haben, die Lage der Arbeiter wesentlich zu verbessern, haben auch die Unternehmer sich Organisationen geschaffen, mit dem ausgesprochenen Zweck, den Arbeitern in ihren gerechten Kämpfen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen schärfere als bisher entgegenzutreten zu können. Da den Unternehmern weit mehr Machtmittel, was ja auch die letzten Ausperrungen beweisen, zur Verfügung stehen, als den Arbeitern, so erfordern die Kämpfe große und schwere Opfer. Der Massenkampf tritt immer schärfer hervor. Wenn auch die Arbeiterorganisationen gewachsen sind, so können sich die deutschen Gewerkschaften geteilt mit ihnen messen; es ist nur notwendig, daß wir unsere Gegner nicht unterschätzen. Selbst wenn die Unternehmer sich noch enger zusammenschließen, so würde es ihnen doch nicht gelingen, den Fortschritt der Arbeiterorganisationen aufzuhalten, wenn jeder seine Pflicht erfüllt und dafür Sorge trägt, daß die zweite Million Gewerkschaftler voll werde, dann könnten alle gegenseitlichen Unterdrückungen der Kampf der Arbeiterbewegung nicht aufhalten. Nach einer kurzen Diskussion wurde die impulsive Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation der Maurer Deutschlands geschlossen.

Greibrünge-Vork. Sonntag, den 5. Oktober, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Zunächst wurde die vom Referenten vorgelegte Abrechnung vom dritten Quartal genehmigt. Darauf wurde von dem Vorsitzenden Mitteilung gemacht, daß der Kollege J. Vogt auf Verzicht der Versammlung schon zweimal schriftlich aufgefordert sei, in der Versammlung zu erscheinen, aber trotzdem nicht erschienen sei. Es wurde vor geraumer Zeit über den genannten Kollegen Frage geführt, daß er die Arbeitsstunden nicht voll inne hätte und sich damit in der Versammlung zu den anderen Kollegen stellt, die nur die wirklich bezahlten Arbeitsstunden ausfüllen. Auch soll er jeden Sonntag und fast jeden Abend Schichtarbeit verrichten. Die Versammlung ist der Meinung, daß für diese Schichtarbeit schon ein Kollege mehr Beschäftigung finden könne, wenn sie an einen Unternehmer vergeben würde. Ferner sprechen die Kollegen ihr Bedauern darüber aus, daß der Kollege J. Vogt nicht für nötig hält, auf die schon zweimalige Aufforderung in der Versammlung zu kommen. Im Frühjahr stellte dieser Kollege dem Antrag auf Abschaffung der Schichtarbeit, und nun schließt derselbe Kollege Sonntag und Abend nach Feierabend. Wir suchen die Arbeitszeit zu verkürzen, und er bemüht sich, sie zu verlängern. Es wurde bald mancher jüngerer Kollege fragen, wann der Kollege Vogt Schichtarbeit macht, dann kann es mir auch nicht verbieten werden! Und an die Versammlung wird dann nicht mehr gedacht, denn dem Kollegen Vogt geht es bereits so. Bei ihm ist die Versammlung schon Nebenache geworden; er muß ja arbeiten, und weiß nicht, daß er sich damit selbst hindert, ebenso wie die Schichtarbeiter. Es wurde dann der Beschluß gefaßt, dafür einzutreten, daß diese übermäßige Schichtarbeit aufhört. Darauf wurde von dem Kollegen W. Meier beantragt, einen Versammlungsschmelz aufzuschießen und den Kollegen eine Dose von 25 Pf. aufzusetzen, die drei Versammlungen aufeinander setzen; dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nachdem dann noch der Vorsitzende die Kollegen auf das wertvolle Buch von Frohne: „Arbeit und Kultur“, aufmerksam gemacht und die Anschaffung empfohlen hatte, erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Freiburg. In einer am 7. November tagenden stark besuchten Maurer-Versammlung referierte Kollege Paul aus Dresden über: „Die wirtschaftliche Entwicklung im 19. Jahrhundert“. Der Referent erregte für seinen äußerst lebendigen Vortrag starken Beifall. Der Vorsitzende gab bekannt, daß eine genaue Statistik aller im Gau Dresden wohnenden Maurer aufgenommen werden soll. Er ersuchte alle Kollegen, die Adressen genau auszufüllen, um mit dem gewonnenen Material die Winteragitation planmäßig betreiben zu können. Mit einem Appell an die Anwesenden, die Arbeiterpresse mehr als bisher zu lesen, fand die Versammlung, die aus einem schönen Mitgliederzuwachs brachte, ihr Ende.

Gelsenkirchen. Die hiesige Orts-Comité hielt am 4. November ihre Mitgliederversammlung ab. Zunächst erhaltete der Vorsitzende, Kollege Gennig, den Bericht von der Zweigvereinskonferenz in Gelsenkirchen. Anschließend an diesen Bericht referierte Genosse Kretschmar aus Gelsenkirchen über Organisation und Agitation. Im besonderen beschäftigte er sich mit der von unseren Brüdern geliebten Gewerkschaften beliebten Agitationsweise. Augenblicklich sind sie bestrebt, sich auf den „billigen Jakob“ herauszufallen, indem sie sich ihrer um 6 oder 10 Pf. niedrigen Beiträge halber als besonders empfehlenswert anknüpfen. Der Referent zeigte an einigen treffenden Beispielen, daß gerade die geringsten Beiträge unserer Verbände ihre Stütze mit ausmachen. Wer das Kapital erfolgreich besampfen wolle, müsse auch über Kapital verfügen. Hier müsse man ein Gift durchs andere treiben. Gerade der letzte große Kampf, den die Kollegen vom Bau hier zu bestehen hatten, hat es bewiesen, wie bitter sich die teilweise niedrigen Beiträge der „frommen Gelben“ rächen. Als damals der große Kampf tobte und große Geldopfer nötig machte, da mußten die laubenden Gelben schließlich um freiwillige Spenden bitten, die natürlich nicht so reichlich floßen, daß sie damit ihre Verpflichtungen erfüllen konnten. Aus diesem Grunde mußte auch der Kampf aufgegeben werden, obgleich der Erfolg hätte größer sein können. Wir freien Gewerkschaftler sollen uns nicht scheuen, die Beiträge zu zahlen, die die Gewerkschaft braucht, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Referent führte auch an, daß die „Christlichen“ einen Arbeitswilligen, Namens Stamm, in die Schlichtungskommission gewählt haben. Dieser Mensch, der früher sogar Sozialbeamter der Gelben gewesen ist, hat seine vorbildliche Solidarität damit bewiesen, daß er während der Ausperrung als Arbeitswilliger gearbeitet hat. Der Referent streifte auch die Gefahren, die dem Koalitionsrecht der Arbeiter drohen. Sogar die Partei, die ihre Augenmaße nicht weit genug aufreißen kann, um ihre angebliche Arbeiterfreundlichkeit auf allen Gassen auszusprechen, das Zentrum, biete dazu die Hand, wie der Zentrumsgraf Baumbach im preislichen Herrenhause bewiesen habe. Zum dritten Punkt der Tagesordnung wurden die bisherigen Erfahrungen mit dem Tarifvertrag ausgetauscht. Dem Verlangen der Unternehmer, die Arbeitszeit mehr und mehr einzuführen, sollen die Kollegen den

bedenklichsten Widerstand entgegenzusetzen. Auch die Versuche, die Kollegen zur Überstundenarbeit zu verleiten — einzelne Akkordanten laien das auch, indem sie bei Licht arbeiten und die Arbeitszeit auf zwölf Stunden ausdehnen —, sollen entschieden zurückgewiesen werden. Solltenfalls wird die Organisation gegen die pflichtvergeßenen Kollegen schärfere Seiten aufgehen. Nach einem warmen Appell des Vorsitzenden Gennig, das Verbot in der Praxis zu betätigen, erfolgte mit einem Hoch auf die Organisation der Schluß der Versammlung.

Gottersberg. Dienstag, den 21. Oktober, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Von 100 organisierten Kollegen waren im ganzen 12 anwesend; gewiß ein trauriges Zeichen für unseren jungen Zweigverein. Es wäre gewiß an der Zeit, daß mit dem hiesigen Schlichtendirektor in etwas ausgeräumt würde. Zu was haben wir unser Vereinslokal, das uns in zuvorkommendster Weise ohne alle Entschädigung eingeräumt wurde, wenn es von unserer Seite so wenig Beachtung findet? Es wäre nicht zuviel verlangt, wenn die Kollegen wenigstens die Versammlungen besser besuchen möchten, damit uns das Lokal erhalten bleibt; denn es fällt schwer, ein anderes zu erhalten. Es wurde in der Versammlung, in der unser Bauvorsitzender, Kollege Köster, anwesend war, darüber gesprochen, unsere drückenden Verhältnisse etwas zu bessern. Kollegen, denkt an den jetzt verlossenen Sommer zurück! Was habt Ihr vom Sommer gehabt? Von früh 5 Uhr bis Abends 8 Uhr habt Ihr Euch geplagt für die lumpigen paar Pfennige Lohn. Führt Ihr ein menschenwürdiges Dasein? Wir sind schlimmer daran als die Sklaven. Es ist aber unsere eigene Schuld; wir wollen es ja nicht besser, und die Herren Unternehmer lachen sich eins ins Häufchen, daß wir so dumm sind. Kollegen, das soll und muß nun einmal anders werden. Es muß eine regere Agitation entfaltet werden; ein Kollege muß den anderen über unsere Organisation aufklären. Wenn das geschieht, und wir den letzten Kollegen in unsere Reihen aufgenommen haben, dann können wir sagen, sich stehen wir wie ein Mann da. Dann, ihr Herren Unternehmer, ist es an uns, ein Wörtchen mit euch zu reden. Also auf, Kollegen, zur Agitation, jetzt in der kalten Zeit, damit wir auch den letzten uns noch fernstehenden Kollegen bis zum Frühjahr in unseren Reihen sehen. Zum Schluß werden die Kollegen ermahnt, ihre Mitgliedsbeiträge bis zum Schluß des Quartals in Ordnung zu bringen, damit wir am Schluß sagen können, wir haben unsere Schuldigkeit getan.

Häflingen. Sonntag, den 5. November, fand im Gasthaus „Zur Krone“ eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung statt. In der Kollege Parter aus Mannheim über: „Die Lohnkämpfe im Baugewerbe“ referierte. In seiner andertshalbstündigen Rede führte Kollege Parter den Kollegen, die sich zahlreich eingefunden hatten, die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen klar vor Augen und sprach über Ziel und Zweck der Organisation. Der Referent besprach dabei auch die Vase der Ausperrung und den darauf folgenden Streik, der mit einer gründlichen Niederlage der Unternehmer endigte. Auch die Verkürzung der Arbeitszeit wurde besprochen. Gerade gegen diese Forderung weichen sich die Unternehmer ganz gewaltig, und doch sieht sich, daß bei Herabsetzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit erheblich vermindert wird. Die kapitalistische Gesellschaft hat aber ein großes Interesse daran, das Heer der Arbeitslosen möglichst groß zu erhalten, um die Arbeitslosen bei den Streiks als Ausbreiter verwenden zu können. Der Referent kritisierte auch das Verhalten unserer reichhaltigen Vandalen bei dem letzten Straßburger Arbeiterstreik. Ferner streifte der Referent den von der Reichstagsmehrheit angenommenen Sozialist, der dem Arbeiter die Lebensmittel verteuert. In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Emil Zipser aus Wöhrheim und Martin Vogt aus Häflingen, die sich im Sinne des Referenten ausdrückten. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. In seinem Schlußwort forderte Kollege Parter sämtliche anwesenden Kollegen auf, tüchtig in der Agitation tätig zu sein. Der Vorsitzende, Kollege Josef Kalsda, schloß die stark besuchte Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Ludensweiler. Am 22. Oktober hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Kassenbericht vom dritten Quartal wurde genehmigt. Die sechs aufgestellten Kandidaten als Gewerkschaftsbeisitzer wurden bestätigt; darunter ist auch ein Kollege aus unserer Gewerkschaft. In einem andertshalbstündigen Vortrag brachte der Referent, Kollege Venn, „Die Organisation der Unternehmer und ihre Verhältnisse“ zur Sprache. Den Kollegen wurde deutlich vor Augen geführt, daß ein Zusammenhalt dringend notwendig ist, wenn wir unsere wirtschaftliche Lage verbessern wollen. Nicht bloß gewerkschaftlich, sondern auch politisch müssen sich die Kollegen organisieren. Es wurde den Kollegen nahegelegt, wie sehr die Unternehmer an ihrer Organisation arbeiten. Von unserer Seite dürfte deshalb keine Minute veräußert werden, um den Ausbeutern zu jeder Zeit und Stunde gerüstet entgegenzutreten zu können. Großer Beifall lohnte den Referent für seinen Vortrag. In der Diskussion befragten sich einige Kollegen über ideale Baubuden und andere Uebellstände auf den Bauten. Der Bericht der Agitationskommission war befriedigend. Es wurden 20 bis 30 Kollegen dem Verbande zugeführt. Die Arbeit der Kommission war nicht leicht; trotzdem wurde sie von den Kollegen gewissenhaft und mit Liebe und Interesse ausgeführt. Gaarsteden und ich, wenn man hört, daß die Maurer in Dähme i. M. nur 25, 27 und 30 Pf. pro Stunde verdienen. Traurig ist es, daß sich nicht mehr Dähmer Kollegen an der Agitation beteiligen haben als zwei von 33 organisierten. Die organisierten Kollegen müssen sich mehr um die nichtorganisierten kümmern. Wir müssen den Dähmer Kollegen mit Rat und Tat beistehen und sie unterstützen, denn gerade dort bleibt nach sehr viel zu wünschen übrig. Der schwache Versammlungserfolg ist wohl auf die Kälte zurückzuführen.

Mörs. Der Zweigverein hielt am 1. November eine zahlreiche besuchte Versammlung ab, in der — nach Erledigung interner Sachen — die Vorkommnisse der letzten Zeit einer eingehenden Besprechung unterzogen wurden. Sehr lebhaft wurde das Verhalten des Herrn Vogt, der den Bau

bau des „Birkus Meuterfrug“ aufgeführt, kritisiert, da dieser Herr sich nach mehrmaliger Verhörung weigerte, einen Plan in der Baubude zu beschaffen, so daß sich unsere Kollegen gezwungen sahen — wollten sie nicht weiter bei Einmischung ihrer Wahlzeiten fristen — die Arbeit niederzulegen. Nach zweistündiger Arbeitseinstellung mußte sich alsdann Herr Vogt dazu bequemen, in die Forderung einzugewilligen, natürlich bei voller Bezahlung der geleisteten Stunden. Und wer den Schaden hat, hat auch den Spott, sagt ein Sprichwort: Herr Vogt ist in der Versammlung vor der Tarifkommission über diese Sache von seinen eigenen Kollegen ziemlich heftig abgefaßt worden, weil um eine solche Lavalie ein derartiges Aufsehen gemacht wurde, da jeder menschlich denkende Arbeitgeber seinen Arbeitern in der rauhen Zeit einen Oten zur Verfügung stelle. Zu der Arbeitseinstellung auf dem Postbau wurde ausgesprochen, daß sich die Kollegen vorher mit der Kommission in Verbindung zu setzen haben, um derartige unliebsame Sachen in Zukunft zu verhindern. Eine äußerst lebhaft debattierte der Arbeitsplatz des Herrn Blund & Sohn, hiesiger Schulneubau, herab, weil dort derartige traurige Zustände vorherrschend sind, daß u. a. nach der Vorliebe, der dort die Leitung hat, nicht im Stande ist, einen solchen Bau zu leiten. Hier sollte die hiesige Bauverwaltung einschreiten und dafür sorgen, daß Abhilfe geschaffen wird. Wird doch mit dem Leben und der Gesundheit der dort beschäftigten Leute ein solches Spiel getrieben, weil die Vallenlage nicht abgedeckt war — jetzt soll dieses allerdings gemacht worden sein —, so daß, wenn jemand auf dem Gerüst einen Schritt macht, derselbe kopfüber in den Keller stürzt. Auch noch andere Mißstände sind vorhanden; wer Gelegenheit gehabt hat, sich den Gerüstbau anzusehen, der muß wirklich jähnen; die Aufrechter hängen, senkrecht gemessen, 50 bis 80 cm seitwärts über, das ganze Gerüst hat sich wie ein Windmühlensüßel gedreht. Alsdann war auch die Kallgröße hier dato nicht eingepreist. Dies alles beantragte der Vater Staat seinerzeit, zu erklären, daß die Bauarbeiter-Schulskommission nicht auf hiesigen Bauten zu kontrollieren brauche, da die Baudeputation genügend technisch gebildetes Personal zur Verfügung habe, die dieses zu überwachen im Stande sei. Wie wenig das zutrifft, kann man einigermaßen aus vorstehenden Angaben ersehen. Deshalb ist auch die Forderung berechtigt, daß Arbeiter als Baukontrolleure angestellt werden. Die Versammlung nahm nachstehende Resolutionen einstimmig an: „Die heutige, am 1. November tagende Mitglieder-Versammlung der Maurer nimmt Kenntnis von den Mißständen, wie sie auf dem Schulneubau des Herrn Blund & Sohn (Karlshorststraße) bestehen; sie fordert die Kollegen dringend auf, für deren Abstellung Sorge zu tragen. Auf das allerhöchste dienliche verurteilt die Versammlung das Verhalten des Poliers, dessen erste Pflicht es ist, für genügenden Schutz der am Bau Beschäftigten Sorge zu tragen.“ Sodann wurde noch eine zweite Resolution angenommen, die besagt: „Die heute, am 1. November tagende Mitglieder-Versammlung nimmt Kenntnis von den vorgekommenen Arbeitseinstellungen der letzten Zeit und beschließt, bei weiterer vorkommenden Fällen sich zunächst mit der in Betracht kommenden Kommission in Verbindung zu setzen. Ganz entschieden wird das Verhalten der Kollegen verurteilt, die auf dem Schulneubau in der Karlshorststraße beschäftigt sind. In solchen Fällen, wo auf Bauten Mißstände, wie Nichtabdeckung der Vallenlage, schwacher Gerüstbau ufm. vorhanden sind, und der Polier sich weigert, auf Verhörung der Kollegen die Abstellung sofort zu veranlassen, beschließt die Versammlung, daß die Kollegen sofort zur Arbeitseinstellung schreiten können.“ Wenn die Kollegen nunmehr auf allen Baustellen ihre Pflicht erfüllen, wozu sie in ihrem eigenen Interesse verpflichtet sind, dann wird das Unternehmertum sich nicht allzuweit auf seinen „Eieg“ freuen können; haben es die Kollegen doch selbst in den Händen, ihr eigenes Wohl und Wehe in den Vordergrund zu schieben. Deshalb, Kollegen: Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern — stets kampfbereit!

Magdeburg. Der hiesige Zweigverein hielt seine Generalversammlung am 7. November im „Luisenpark“ ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken der verstorbenen Kollegen durch Erheben von den Plätzen. Dann hielt der Parteisekretär, Genosse Solzspäth, einen Vortrag über: „Gewerkschaft und Sozialdemokratie“. Referent führte an treffenden Beispielen den Verfallenden vor Augen, wie notwendig es sei, daß sich die Arbeiter neben der gewerkschaftlichen auch der politischen Organisation widmen. Am Schluß seiner Rede ermahnte der Referent sowie auch andere Redner die Versammelten, fleißig für die politische Presse, die „Volkstimme“, zu agitieren. Kollege Schöne gab hierauf den Geschäftsbericht und die Abrechnung vom dritten Quartal. Der Zweigverein Magdeburg hatte am Schluß des dritten Quartals 1731 Mitglieder, darunter 87 Ehrenmitglieder. Die Einnahme der Hauptkasse betrug M. 11 561,70. Von den Ausgaben ist hervorzuheben: An die Hauptkasse abgeführt an Eintrittsgeldern, Beiträgen, Erbschüßer ufm. M. 4755,54, für Streiks an Samstagslohnern verwendet M. 887,45, Abschieds an vier Mitglieder M. 196,67, Krankenunterstützung an 65 Mitglieder M. 947,93, Sterbenerbschüßer an sieben Mitglieder oder deren Frauen M. 440, Anteil des Zweigvereins an den Eintrittsgeldern und Beiträgen M. 2732,08. Die Kassa weist bei einer Einnahme von M. 4707,49 und einer Ausgabe von M. 2420,06 einen Kassenbestand von M. 8087,44 auf. In „Reichdeutsches“ wird der Vorsitzende noch auf das Buch „Arbeit und Kultur“ hin und wünscht, daß es von jedem Kollegen besessen werden möge.

Schöneberg-Talja. Sonntag, den 5. November, tagte hier im „Luisenpark“ eine stark besuchte Mitglieder-Versammlung. Zunächst verlas der Kollege F. v. d. Heyde die Abrechnung vom 3. Quartal. Darauf kam die Lohnfrage zur Veratung, die eine recht lebhaft debattierte hervorrief. Es gibt hier immer noch Kollegen, die es sich nicht versagen können, immer den Unternehmern nachzulaufen und bei ihnen um eine Erhöhung des Lohnes zu betteln. Dies kam auch wieder in der Debatte zum Ausdruck, indem der Vorschlag gemacht wurde, im kommenden Frühjahr den Unternehmern wieder außeruntertänig einen Rohntarif zu unterbreiten, trotzdem dies schon drei bis viermal erfolglos geschehen ist. Der Vorsitzende trat dann auch diesem Begehren sehr scharf entgegen und betonte, daß die Verwaltung es seit habe, sich von den Unternehmern wie Bettelbuben behandeln zu lassen.

